

WIRTSCHAFT

Dienstag 5. NOVEMBER 2019 / Seite 17

www.morgenweb.de

MORGEN

Tourismus: Insolvenzverwalter rechnet mit Zerschlagung

Deutsche Thomas Cook vor dem Aus

OBERURSEL. Der insolvente deutsche Reisekonzern Thomas Cook steht vor der Zerschlagung. Bislang liege kein belastbares Angebot für die Fortführung des Unternehmens als Ganzes oder für das Veranstaltergeschäft der Thomas Cook Touristik GmbH vor, erklärten die vorläufigen Insolvenzverwalter und das Unternehmen am Montag in Oberursel bei Frankfurt. „Infolge dessen muss die Thomas Cook Touristik GmbH nun aus rechtlichen Gründen die Einstellung des operativen Geschäftsbetriebs zum 1. Dezember 2019 vorbereiten.“

Perspektive für Hälfte der Jobs

Eine Lösung für den Konzern als Ganzes ist damit zwar nicht endgültig auszuschließen. Bislang zeichnet sich aber vor allem Interesse von Käufern an einzelnen Firmenteilen ab. Mit den angestrebten Verkäufen könnte den Angaben zufolge gut die Hälfte der etwa 2100 Jobs in Deutschland gesichert werden.

Wie es weitergeht mit Pauschalreisen, die Kunden bereits für 2020 gebucht und bezahlt haben, wird aktuell geprüft. Bislang hat die deutsche Thomas Cook sämtliche Reisen bis Ende des Jahres abgesagt. Das Unternehmen, zu dem etwa Neckermann Reisen, Öger Tours und Bucher Reisen gehören, war in den Sog der Pleite der britischen Mutter geraten. Die deutsche Thomas Cook hatte am 25. September Insolvenzantrag gestellt. Großes Interesse gibt es den Angaben zufolge für die Bucher Reisen & Öger Tours GmbH. „Die Verhandlungen über deren Fortführung sind sehr weit fortgeschritten“, hieß es. *dpa*

Logistik: 15 Millionen Euro am Standort Mannheim investiert

GLS-Depot in Betrieb



Rund 130 Mitarbeiter arbeiten am neuen GLS-Standort in Mannheim. *BILD: GLS*

MANNHEIM. Paketdienstleister GLS Germany hat sein neues Depot auf der Friesenheimer Insel in Mannheim in Betrieb genommen. Insgesamt 15 Millionen Euro investierte das Logistikunternehmen in das Projekt. Nach zehnmonatiger Bauzeit dient der Standort nun als regionaler Umschlagsplatz für GLS-Depots in Rheinland-Pfalz, dem Saarland sowie Teilen Hessens und Baden-Württemberg, teilte das Unternehmen mit. Zuvor fungierte das Depot im hessischen Neuenstein – rund 150 Kilometer nordöstlich von Frankfurt – als Umschlagsplatz.

Auf einer Gesamtfläche von rund 40 000 Quadratmetern können täglich bis zu 80 000 Pakete umgeschlagen werden, hieß es weiter. Das seien doppelt so viele wie im bisherigen Depot, das sich nur 300 Meter vom jetzigen Standort befand und in dem rund 80 Mitarbeiter beschäftigt waren. Im Zuge der Neueröffnung wurden zum 1. November bereits 50 neue Stellen besetzt. Weitere zusätzliche Arbeitsplätze seien vorerst nicht geplant. *sho*

Gründerszene: Aktuelle Studie zählt die Quadratestadt zu Karlsruhe und Stuttgart – dabei sprechen die Zahlen für sich

Mannheim bei Start-ups vorn



Im Mannheimer Gründungszentrum Mafinex arbeiten technologieorientierte Unternehmen. Ein neuer Anbau soll 2021 fertiggestellt werden.

BILD: TRÖSTER

Von unserem Redaktionsmitglied
Miray Caliskan

BERLIN/MANNHEIM. Der siebte Deutsche Start-up-Monitor ist am Montag gerade veröffentlicht, und der Ärger bei Christian Sommer, dem Geschäftsführer von Start-up Mannheim, könnte nicht größer sein: Die Quadratestadt ist unter den Gründungs-Hotspots aller 16 Bundesländer nicht aufgelistet. „Das liegt daran, dass all unsere Start-ups zum Ökosystem von Stuttgart und Karlsruhe zugeschrieben worden sind“, erklärt Sommer. Paradox, denn: Mannheim habe im vergangenen Jahr mehr Start-ups für den Monitor angemeldet als die anderen beiden Städte. „Es ist ein Zustand, der uns extrem ärgert“, schimpft Sommer.

„Ein enormer Wert“

Auch Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg belegen: Mannheim hat eine Existenzgründungsquote von 6,6 Prozent – und liegt damit vor Stuttgart (sechs Prozent), Karlsruhe (6,4 Prozent) sowie über dem baden-württembergischen Landesschnitt von sechs Prozent. „Gemessen an der Größe der Stadt und an der Einwohnerzahl ist

das ein enormer Wert“, sagt Sommer. Nicht verwunderlich, in Mannheim gibt es acht Start-up-Zentren mit mehr als 30 000 Quadratmetern Fläche – und sie soll weiter wachsen.

Auch wenn die Stimmung von Christian Sommer angesichts des Patzers getrübt ist: Laut dem Start-up-Monitor geht es den deutschen Gründern so gut wie lange nicht mehr. Sie blicken zuversichtlich in die Zukunft, wollen wachsen und in den kommenden zwölf Monaten im Schnitt acht neue Arbeitsplätze schaffen. Das gaben die 2000 Jungfirmen bei der jährlichen Onlinebefragung vom Bundesverband Deutscher Start-ups (BVDS) an.

Die Start-ups würden im Vergleich zu etablierten Unternehmen dem „Schreckgespenst der Rezession“ trotzen, schreiben die Autoren der Studie. Zudem rechnen zwei Drittel der Befragten damit, dass sich ihre Geschäftslage in den kommenden sechs Monaten verbessern wird.

Die Ergebnisse zeigen aber auch, wie schwer es Gründer haben, an Geld zu kommen. Acht von zehn Jungunternehmen beziehen ihr Kapital notdürftig aus eigenen Ersparnissen oder von Familie und Freunden. Viel lieber würden sie auf Investoren zurückgreifen, doch der Zu-

gang zu alternativen Quellen fehlt: Lediglich 39,2 Prozent der Gründer konnten staatliche Fördermittel beziehen. Gelder von Business-Angels, also erfahrene Unternehmer mit finanziellen Mitteln, haben nur 23,1 Prozent der Start-ups erhalten, Wagniskapital nur 14,6 Prozent. Die Start-ups wollen wachsen, können aber nicht.

Anders ist die Situation in Mannheim: Viele Start-ups haben Industrie und Mittelstand als Kunden –

Gründer wählen grün

■ Der Deutsche Start-up-Monitor ist die einzige umfassende Studie zum Start-up-System. **Repräsentativ** sind die Angaben **nicht**: Es handelt sich um eine „**Momentaufnahme** des Start-up-Geschehens“.

■ Laut der Studie sind **Gründerinnen** nach wie vor unterrepräsentiert: Nur 16 Prozent der Start-ups werden von Frauen gegründet.

■ **Nachhaltigkeit** spielt bei jungen Unternehmen eine immer größere Rolle. Das spiegelt sich auch im Wahlverhalten wider: Rund 44 Prozent der Gründer wählen die **Grünen**. *mica*

zum Beispiel ioxp. Das Start-up hat eine sogenannte Augmented-Reality-Brille entwickelt, die beim Traktorenhersteller John Deere zum Einsatz kommt. Die Arbeiter setzen sich die Brille auf und erhalten darüber Anleitungen, etwa für die Wartung einer Maschine. Die Idee ist also zunächst nicht für einen breiten Markt gedacht, sondern maßgeschneidert für ein Unternehmen.

■ **Vertrauen braucht Zeit** „Während in Berlin junge Gründer sehr viel Geld auf einmal brauchen und es sehr schnell verbrennen, sind die Start-ups hier weniger auf große Investitionen angewiesen. Sie finanzieren sich über die Aufträge, die sie von den Firmen erhalten“, erklärt Sommer. Die größte Herausforderung sei also, Kontakt zu den „Riesen der Region“ zu knüpfen. Es würde sehr lange dauern, bis ein Start-up das Vertrauen eines Unternehmens gewinnt. „Aber wenn der Prozess geschafft ist, werden langfristige Kooperationen eingegangen.“

Der BVDS hat Sommer nach dessen Worten übrigens versichert, die Systematik des Monitors im kommenden Jahr zu ändern – Mannheim soll dann nicht mehr zu Stuttgart und Karlsruhe zählen. *dpa*

Tarifkonflikt: Flugbegleiter-Gewerkschaft kündigt für Donnerstag und Freitag 48-Stunden-Ausstand an / Auch Verbindungen nach Übersee betroffen

Ufo ruft zum Streik bei Lufthansa auf

FRANKFURT. Passagiere der Lufthansa müssen zum Ende dieser Woche wieder mit Streiks der Flugbegleiter rechnen. Deren Gewerkschaft Ufo hat zu einem 48-Stunden-Ausstand bei der Lufthansa-Kerngesellschaft an diesem Donnerstag und Freitag aufgerufen. Betroffen seien alle LH-Abflüge in Deutschland, teilte die Gewerkschaft am Montag mit.

Das Unternehmen will den Streik mit juristischen Mitteln stoppen und bereitet gleichzeitig einen Sonderflugplan für die Streiktage vor. Man verurteilt den „massiven“ Aufruf der Gewerkschaft Ufo auf das Schärfste und prüfe rechtliche Schritte, erklärte ein Unternehmenssprecher. In Frage kommen beispielsweise einstweilige Verfügungen beim Arbeitsgericht.

Ufo-Vize Daniel Flohr kündigte für die kommenden Tage weitere Streikaufrufe bei anderen Flugbetrieben des Konzerns an. „Wie schon

bei den letzten Warnstreiks wird der gesamte Konzern von dieser erneuten Arbeitskampfwelle betroffen sein. Wir weisen sowohl unsere Kollegen als auch die Kunden darauf hin, dass jederzeit weitere Ankündigungen möglich sind“, erklärte er laut einer Mitteilung.

Separate Forderungen

Grundsätzlich möglich sind Arbeitsniederlegungen bei der Lufthansa-Kerngesellschaft sowie bei vier weiteren Flugbetrieben mit deutschem Tarifrecht: Eurowings Deutschland, Germanwings, Lufthansa Cityline sowie SunExpress. Für alle fünf Flugbetriebe hat die Ufo jeweils separate Tarifforderungen aufgestellt und sich in Urabstimmungen die Zustimmung der Mitglieder zu Streiks geholt. Die Zustimmung lag nach Gewerkschaftlichen Angaben vom Freitag zwischen 77,5 und 96,2 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Ufo will die Streikandrohung bereits am Freitag vertraulich an den Konzern gegeben haben. Es sei aber zunächst keine Reaktion erfolgt, und erst am Montag habe Lufthansa Gespräche für das kommende Jahr angeboten. Dem widersprach der Konzernsprecher: Offizielle Verhandlungen wolle man zwar erst nach der

für den 14. Februar angekündigten Neuwahl des Ufo-Vorstands führen, Sondierungen könnten aber schon früher beginnen. Lufthansa erkennt den Gewerkschaftsvorstand nicht an und lehnt Verhandlungen mit der Ufo seit Monaten ab. Die DGB-

gewerkschaft Verdi stünde als Alternative zur Verfügung, hatte aber bisher keine Mehrheit der Beschäftigten hinter sich.

In der Auseinandersetzung hat Ufo bereits am 20. Oktober einen 19-stündigen Warnstreik bei den vier Lufthansa-Tochtergesellschaften veranstaltet und dabei mehr als 100 Flüge ausfallen lassen. Auch damals war zunächst mit einem Streik bei der Lufthansa-Mutter gedroht worden, der dann kurzfristig abgesagt wurde. Der letzte reguläre Ufo-Streik bei der Lufthansa-Kerngesellschaft datiert aus dem Jahr 2015.

Die kleine Spartengewerkschaft hat erhebliche interne Auseinandersetzungen hinter sich. Nach gegenseitigen Untreue-Vorwürfen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sind aus dem einst siebenköpfigen Vorstand nur noch die Vorsitzende Sylvia de la Cruz und ihr Stellvertreter Daniel Flohr übrig. *dpa*



Im Tarifstreit zwischen Lufthansa und Gewerkschaft Ufo drohen neue Streiks. *BILD: DPA*

IN KÜRZE

Steigenberger wird chinesisch

FRANKFURT. Die Steigenberger-Hotels werden chinesisch: Der Konzern Huazhu Group hat die Dachgesellschaft der Luxus-Hotelmarke, die Deutsche Hospitality, durch eine Tochtergesellschaft vollständig erworben, wie beide Seiten am Montag mitteilten. Laut dem neuen chinesischen Eigentümer liegt der Kaufpreis bei 700 Millionen Euro. Neben Steigenberger gehören zur Deutschen Hospitality auch Marken wie IntercityHotel und Jaz in the City. Ein bekanntes Haus der Kette ist der Frankfurter Hof. *dpa*

Verwirrung um Bahn-Gehälter

BERLIN. Der Vorschlag für höhere Gehälter für Teile des Deutschen-Bahn-Vorstands kam Aufsichtsrats-Kreisen zufolge von der Arbeitgeberseite des Gremiums, die zu einem Großteil vom Bund besetzt wird. Es sei daher kurios, dass nun Mitglieder der Bundesregierung das Vorhaben kritisierten, hieß es mit Blick auf Aussagen von Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU). Am Wochenende hatte die „Bild am Sonntag“ berichtet, dass für einen Teil des Bahnvorstands eine Gehaltserhöhung von 400 000 bis 585 000 Euro im Jahr vorgeschlagen worden sei. *dpa*

Am Mittwoch wichtig

Zahlen von Heidendorf

Der Maschinenbauer Heidendorfer Druckmaschinen veröffentlichte seine Zwischenbilanz für das zweite Quartal des laufenden Geschäftsjahrs 2019/20.

Software

SAP will mehr Geld ausschütten

WALLDORF. Europas größter Softwarekonzern SAP will deutlich mehr Geld an seine Aktionäre verteilen. Über Aktienrückkäufe oder Sonderdividenden will SAP bis Ende des kommenden Jahres 1,5 Milliarden Euro zusätzlich an die Anteilseigner zurückgeben, wie das Dax-Schwergewicht am späten Montagabend in Walldorf mitteilte. SAP hatte eine höhere Ausschüttung bereits in Aussicht gestellt: Das Vorhaben ist Teil des noch von Ex-Chef Bill McDermott im April angekündigten Plans, SAP in den kommenden Jahren unter anderem über Margensteigerungen attraktiver für Aktionäre zu machen. Für 2018 hatte SAP 1,50 Euro je Aktie an Dividende gezahlt und damit rund 1,8 Milliarden Euro ausgeschüttet. *dpa*